Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 33 (1953-1954)
Heft: 11

Artikel: Warum eine europäische Verteidigungsgemeinschaft?
Autor: Béthouart
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-160217

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

WARUM EINE EUROPÄISCHE VERTEIDIGUNGSGEMEINSCHAFT?

VON GENERAL BÉTHOUART

Der in Paris am 27. Mai 1952 unterzeichnete Vertrag, welcher eine europäische Verteidigungsgemeinschaft ins Leben rief, ist vor allem ein Akt politischer Natur. Er sieht eine leidenschaftlich diskutierte militärische Organisation vor. Der Politik gebührt die unbestrittene Vormachtstellung. Ein technischer Irrtum kann wieder gutgemacht werden; ein politischer niemals. Demzufolge muß die politische Seite der EVG in den Vordergrund gerückt werden.

Worin besteht eine Verteidigungsgemeinschaft?

Einmal darin, die zur Abwehr eines drohenden Angriffs erforderlichen Verteidigungsmaßnahmen sowie die Produktion durch gemeinschaftliche Arbeit so zu steigern, daß mit vereinten Kräften ein drohender Angriff abgeschlagen werden kann, den jeder auf sich allein gestellte Vertragspartner aus wirtschaftlichen, finanziellen und demographischen Gründen nicht abwehren könnte. Die Verzettelung der Anstrengungen erzeugt eine allgemeine Schwäche. Aus diesen Überlegungen heraus wurde der Vertrag erdacht, beraten und unterzeichnet.

Sodann darin, im Bewußtsein der den Vertrag unterzeichnenden Partner das Gefühl der Solidarität, deren unumgängliche Notwendigkeit im Augenblick der Gefahr offen zu Tage getreten ist, für alle Zeiten zu verankern und auf alle Gebiete auszudehnen. Es ist verfehlt, an die heute in Europa auftretenden Probleme den nationalen Maßstab anzulegen, handle es sich um die Abwehr äußerer Gefahr, die Aufrechterhaltung des inneren Friedens oder die Lösung technischer, wirtschaftlicher und militärischer Fragen.

Schließlich darin, im Schoße des Atlantikpaktes die europäischen Staaten auf dem Kontinent zu einem festen Gefüge zusammenzuschließen, dessen Gewicht genügen soll, das Kräftegleichgewicht der Allianz sicherzustellen. So wäre Europa — dem Wunsche der USA entsprechend — unabhängig genug, um sich von jeder amerikani-

schen Hilfe loszusagen, welche ohnehin zeitgebunden ist und auf welcher man keine gesunde, auf weite Sicht aufgebaute Politik gründen kann.

Die EVG schließt also das ganze Problem Europa in sich. Deshalb wird sie auch mit solcher Heftigkeit von den Befürwortern eines kompromißlosen, aber nicht durchführbaren Nationalismus angefeindet, ferner von den Vertretern privater Interessen, welche an der Beibehaltung für den Augenblick bequemer, auf weite Sicht aber verheerend sich auswirkender Zollschranken eintreten. Am heftigsten aber von Rußland, dem Erbfeind jeglichen europäischen Zusammenschlusses.

Ich höre die Proteste jener, welche sich für wahre Europäer halten, weil sie für ein fünfzehn Staaten umfassendes Europa, nicht für das Europa der Sechs, für das Rumpfeuropa, eintreten. Gewiß wäre es sehr wünschbar, ganz Europa zu einigen. Die Erfahrungen der EVG selbst zeigen aber, daß dieser Plan leider noch nicht durchführbar ist, und es auch so lang nicht sein wird, als Großbritannien sich so verhält wie zu der Zeit, als es sich auf seiner Insel geborgen wähnte. Die Anwesenheit der 150 Kilometer vom Rhein entfernten russischen Armeen hält für den Augenblick die sechs europäischen Staaten zu einer Einheit zusammen. Sie zwingt ihnen eine Strategie auf, in welcher die Sorge um den Schutz des Mutterlandes vorherrscht. Den durch das Meer geschützten Staaten drängt sich diese Notwendigkeit nicht mit derselben Schärfe auf.

Solange der Krieg nicht gänzlich verunmöglicht sein wird, sind strategische Erwägungen weiterhin für die Außenpolitik eines Staates maßgebend, welches auch immer die Möglichkeiten einer bewaffneten Auseinandersetzung sein mögen. Seit dem Ende des ersten Weltkrieges galt die Politik Frankreichs und seiner Verbündeten ganz und gar der Aufrechterhaltung des Friedens. Die im Rahmen des Völkerbundes durchgeführten kollektiven Sicherheitsmaßnahmen und die Kontrolle des Rüstungspotentials sind gescheitert. Die Vereinigten Nationen haben bessere Ergebnisse erzielt, aber sie haben weder den Krieg in Korea noch den indochinesischen Konflikt verhindert. Der Atlantikpakt bedeutet einen entschiedenen Fortschritt. Er könnte ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleisten, wenn sein kontinentaler Teil — gegenwärtig ganz ungenügend — durch den Beizug Deutschlands und einen besseren Zusammenhalt verstärkt würde. Man beginne also damit, die europäische Gemeinschaft derjenigen Staaten in die Wege zu leiten, welche gemeinsame strategische Interessen besitzen, d. h. der sechs Mächte; später kann man den Rahmen erweitern. Für den Augenblick würde die Gemeinschaft der Sechs den Frieden zwischen Frankreich und Deutschland sicherstellen. Dies wäre bereits ein Ergebnis von größter Tragweite. Zu-

dem wäre die europäische Gemeinschaft, dank ihrer bloßen Existenz, im Stande, den Angreifer zu entmutigen, vereinigt doch dieses Kleineuropa, dieses «Rumpfeuropa», wie jene sagen, welche nur das Kolossale lieben, 150 Millionen Einwohner, so viel also wie Amerika. Gewiß, man sagt immer wieder, Rußland werde nie angreifen, weil es, falls es dies gewollt hätte, den Angriff bereits in einem Zeitpunkt unternommen haben würde, als wir ganz entwaffnet waren. Das stimmt; aber damals fürchtete es sich vor der Atombombe, die es nicht besaß. Seitdem es sie seinerseits herstellt, kann es hoffen — zwar nicht den amerikanischen Vorsprung wettzumachen —, aber die Angst vor Vergeltung werde die Atomwaffe endgültig vom Kriegsschauplatz fernhalten, da keiner der Kriegführenden die Verantwortung auf sich laden könne, den Atomkrieg entfesselt zu haben. Heute dürften die Vorschläge General Eisenhowers Rußland vollends von dieser Sorge befreien. Jeder zivilisierte Mensch kann sich nur freuen, wenn von der Ächtung der Atombombe die Rede ist; er soll sich aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen lassen, daß hiedurch die Drohung, welche die asiatischen, von den Sowjets disziplinierten und angeführten Völkermassen auf Europa und Afrika lasten lassen, beträchtlich zunimmt. Man hat auch gesagt, ein nach sozialistischen Grundsätzen regiertes Land könne aus doktrinären Gründen keinen Krieg auslösen. Dabei vergißt man aber Korea.

Es kann hingegen nicht geleugnet werden, daß die kommunistische Gefahr vor allem innenpolitischer Natur ist. Ein bewaffneter russischer Angriff ist nur denkbar, wenn ihm eine Desorganisation der bedrohten Länder vorausgeht, welche den kommunistischen Parteien dieser Länder anvertraut würde. Es ist auch unbestreitbar, daß die Militärausgaben das für eine gesunde politische und wirtschaftliche Entwicklung erforderliche Budget nicht beeinträchtigen dürfen. Nichtsdestoweniger braucht es eine Armee. Sie ist nötig, weil sie einen Angreifer entmutigt, welcher — allen Thesen zum Trotz — solange für uns bedrohlich bleibt, als das Kräfteverhältnis zwischen West und Ost das Unternehmen für die Rote Armee leicht und verlockend erscheinen läßt. Sie ist auch nötig, um mit den Sowjets verhandeln zu können: darnach müssen wir trachten. Was haben wir von ihnen zu fordern? Daß sie künftig darauf verzichten, sich in die inneren Angelegenheiten der westlichen Länder und der Französischen Union einzumischen; daß sie sich auf ihr Gebiet zurückziehen und die unterdrückten Völker frei über ihr Schicksal entscheiden lassen.

Die gesamte sowjetische Politik in Europa fußt auf zwei Faktoren. Der eine ist ein konkret ins Auge gefaßter Plan: Die Spaltung Europas; der andere entspringt einem Gefühl — der Angst vor Amerika. Von der Spaltung Europas verspricht sich Rußland die

endgültige Beherrschung des Kontinents durch die bloße Wirkung seiner Propaganda, durch sein politisches Ränkespiel und die Anwesenheit der Roten Armee. Um die Spaltung geht es ihm, nicht um die Verhinderung der Aufrüstung. Hat es nicht Deutschland vorgeschlagen, ihm die Wiederaufrüstung freizustellen, ja sogar die Rückkehr der früheren Nationalsozialisten in den Schoß der Wehrmacht zu gestatten, unter der einzigen Bedingung, neutral zu bleiben? Rußland wird zu allen Konferenzen, zu allen Beschwichtigungen bereit sein; nie aber wird es ernsthafte Zugeständnisse machen, solange die Hoffnung besteht, Europa uneinig zu halten. Man gibt sich einer tragischen Wahnvorstellung hin, wenn man glaubt, man könne Rußland zur Aufgabe seines Imperialismus bringen, indem man sich anerbietet, das Haupthindernis, das diesem Machttrieb entgegenwirkt, zu beseitigen, jenen Vertrag, der die Einheit Europas in ihrer augenfälligsten und greifbarsten Form veranschaulichen soll, die EVG. An dem Tage aber, an welchem Rußland die Hoffnung wird aufgeben müssen, Europa entzweien zu können, wird es, eingedenk seiner inneren Schwierigkeiten, seine Ambitionen mit der ihm eigenen Mißachtung gegenüber der Zeit auf eine günstigere Epoche verlegen, wie es dies nach dem Krimkrieg getan hat. An jenem Tage wird ein geeintes Europa — auch wenn es sich auf nur sechs Mächte beschränkt —, das immerhin 150 Millionen Einwohner zählt, verhandeln können. Als Gegenleistung für den Abzug der Roten Armee wird es den Rückzug der in Europa stationierten amerikanischen Streitkräfte anbieten können. Dieses Angebot wird aber Europa nur unter drei Bedingungen machen können:

daß die Amerikaner sich nicht schon früher zurückgezogen haben,

daß Europa in jenem Augenblick über ein Heer verfügt, welches es vor jeder innen- wie außenpolitischen Überraschung schützt und zur Roten Armee ein gewisses Gegengewicht bildet,

daß Frankreich seinen Platz in jenem Europa einnimmt; denn Frankreich ist die einzige europäische Macht, die mit ihren überseeischen Besitzungen Trümpfe von weltpolitischer Bedeutung ausspielen kann; nur diese Kolonien könnten die Wirtschaft und die Verteidigung des europäischen Mutterlandes erfolgversprechend stützen.

Vor einer solchen Tatsache würde Rußland in seinem Imperialismus aufgehalten, in seiner Furcht vor Amerika beruhigt, vielleicht dem Gedanken zugänglich werden, seine Satellitenstaaten zugunsten Europas zu befreien. Dieses hätte aber genügend innere Probleme zu regeln, so daß es für seine Nachbarn keine Bedrohung bilden würde. Europa bliebe auch, zur Wahrung des Gleichgewichts und zur Erhaltung des Friedens, ein treuer Verbündeter Amerikas und

der Atlantikmächte und spielte so die Rolle eines Mittlers in der Welt, die immer spürbarer nach einem Schiedsrichter verlangt. Darüber hinaus wäre die Frage der Einheit Deutschlands gelöst und dessen Machtzuwachs durch die Befreiung der gegenwärtigen Satellitenstaaten wettgemacht.

Man wird uns den Vorwurf der Utopie nicht ersparen; man schlage aber eine andere Lösung vor, die weder auf einem Krieg noch auf einer Versklavung von Millionen Menschen fußt. Die Besorgnis liegt uns fern, die Errichtung einer Europaarmee könnte, wie gewisse Leute befürchten, Deutschland die Möglichkeit geben, mit ihrer Hilfe zur Rückeroberung der Ostgebiete zu schreiten. Wer das glaubt, läßt außer acht, daß die bewaffnete Macht, über welche das Europa der Sechs verfügen wird, sicher ausreichen wird, um seinen politischen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, vielleicht sogar, um seine Verteidigung sicherzustellen, aber sicher nicht, um den Sowjetblock anzugreifen. Das hieße vor allem vergessen, daß eine Armee, die naturgemäß für den Krieg rüsten muß, in erster Linie da ist, um diesen Krieg zu verhindern. Damit ist die Rolle der europäischen Armee scharf umrissen: der europäischen Gemeinschaft einen stählernen, unzerstörbaren Kern zu geben, denn ohne diese Solidarität wird der Friede auf der Welt immer prekär bleiben. Man kann die «Friedenskampagne» aufziehen wie man will, und sie mit beliebigen Schlagworten verbrämen — immer werden es zwei Hauptfaktoren sein, die einen Krieg in Europa auslösen können: Die Unterdrückung von Hunderten von Millionen Menschen — mit den Wirren, die sich daraus ergeben können—, und die Spaltung der Welt in zwei verfeindete Hälften. Allein eine Politik der Einigung in Europa kann diese Kriegsgefahr aus der Welt schaffen.

Ein geeintes Europa verbürgt den Weltfrieden!

Für Frankreich bedeutet die Einigung Europas auch das Ende des deutschen Alpdrucks. Seiner erlittenen Verluste und der Anforderungen wegen, welche eine moderne Kriegführung an einen Staat stellt, bildet Deutschland, auf sich allein angewiesen, keine Kriegsgefahr mehr. Nur im Bunde mit einer fremden Macht könnte dem wieder so sein. Aus diesem Grunde darf die deutsche Aufrüstung nur im Rahmen der europäischen Armee vor sich gehen. Eine unabhängige Wehrmacht, selbst mit dem Westen durch Verbindungswege, Waffenlieferungen und Nachschub verbunden, bliebe eine ernsthafte Gefahr, denn in ihrem Herzen würden das Erbe des Pangermanismus, des Nationalsozialismus und der germanische Hochmut weiterleben. Sie könnte im Osten dieselbe Rechtfertigung finden, wenn ihr die Lust käme, sich in ein Abenteuer einzulassen und dem Rat Bismarcks zu folgen, der in Rußland den natürlichen Verbündeten Deutschlands sah.

Man nimmt im allgemeinen an, der Beitritt zur EVG schließe für Frankreich die Notwendigkeit in sich, zwischen Deutschland und Rußland zu wählen. In Wahrheit verhalten sich die Dinge nicht so einfach: die deutsche Wiederaufrüstung ist unumgänglich geworden. Sollte die EVG abgelehnt werden, so würde Deutschland seine volle Unabhängigkeit zurückgewinnen, seine Verfassung abändern, um eine nationale Heeresmacht aufstellen zu können, und es würde eingeladen, dem Atlantikpakt beizutreten. Gerade das aber wollte Frankreich mit seinem Vorschlag zur Errichtung einer Verteidigungsgemeinschaft verhindern. Wir haben allen Grund, keine unabhängige Wehrmacht zu wollen. Man behauptet zwar, der Beitritt Deutschlands zum Atlantikpakt würde eine genügende Gewähr bieten. Er schließt aber keineswegs die Gefahr einer nationalistischen Reaktion aus: die Regierung Adenauer würde weggefegt, dessen Europapolitik in diesem Falle Schiffbruch erlitten hätte, und Deutschland ginge auf neue Abenteuer aus, vorerst mit dem Westen, später vielleicht mit dem Osten. Die neue Wehrmacht, sorgsam aufgebaut, würde das notwendige Instrument bilden.

Der Standpunkt Rußlands ist klar. Es will um keinen Preis die europäische Einigung. Es hat versucht, Deutschland in sein Spiel hineinzuziehen, hat ihm die Unabhängigkeit vorgeschlagen, die Freiheit, wieder aufzurüsten und allen Nationalsozialisten Amnestie zugesichert. Die Berliner Unruhen haben den russischen Eifer vorübergehend gedämpft. Deshalb wendet sich Moskau nun nach Frankreich. Mit eindrucksvoller Einmütigkeit versucht die kommunistische Welt unser Land dem westlichen Lager zu entreißen. Die schiefe Ebene, auf welcher Frankreich nach Osten abgleiten soll, ist sorgfältig eingeseift. Die kommunistische Partei spielt sich zum eifersüchtigen Beschützer der militärischen Tradition und des Nationalismus in Frankreich auf. Sie knüpft die unerwartetsten Freundschaftsbande, verkündet, das Vaterland stehe in Gefahr, die nationale Unabhängigkeit sei auf dem Spiel. Solche Kundgebungen seitens einer Partei, welche sich blind einer fremden Regierung verschreibt, würden lächerlich wirken, wenn sie nicht empörend wären. Alle Satelliten werden zu diesem Spiel herangezogen: Ho Chin Minh schlägt Verhandlungen vor und läßt Hoffnungen durchschimmern auf einem Gebiet, auf welchem die Franzosen am allerempfänglichsten sind; Polen lädt die nichtkommunistischen französischen Abgeordneten ein, sich an Ort und Stelle von den Fortschritten des Entgermanisierungsprozesses zu überzeugen, was logischerweise ihre Furcht vor Deutschland mildern sollte. Die gesamte Zukunft des sowjetistischen Machtstrebens in Europa steht hier auf dem Spiele. Man wird jedes Versprechen abgeben, auf jedem Punkte des Erdballs zu Konzessionen bereit sein, um Frankreich dazu zu bringen, sich von einem Vertrag

abzuwenden, dessen Unterzeichnung die russischen Hoffnungen auf eine Unterwerfung Europas zu Grabe tragen würde. Das Nichtzustandekommen der EVG würde hingegen die erste und wichtigste Bedingung zu einem möglichen Griff Rußlands nach Europa bilden.

Der Vertrag sieht unzweifelhaft einen schwerfälligen Organisationsapparat vor: zuviel Gleichschaltung, zuviel Verwaltungsarbeit. Darüber läßt sich aber reden. Unter den heute gegebenen Umständen kann man jedoch nicht von einer Verwirklichung Abstand nehmen, ohne eine Katastrophe weltpolitischen Ausmaßes heraufzubeschwören; es sei denn, man schlage eine andere Lösung vor, die gleiche Sicherheit bietet. Alle bis auf den heutigen Tag gemachten Vorschläge laufen aber auf die Wiederherstellung einer selbständigen deutschen Wehrmacht hinaus, mit allen damit verbundenen Gefahren. Unter diesen Umständen sieht man sich wohl oder übel gezwungen, über die Mängel der EVG hinwegzusehen und mit aller Kraft ihre Verwirklichung und Vervollkommnung anzustreben, anstatt eine Ablehnung ins Auge zu fassen. Man rät uns nachdrücklich, zuzuwarten, in der Meinung, auf Grund der oberflächlichen Zugeständnisse, welche die Sowjets gemacht haben, eile nichts mehr. Wenn die Gefahr eines militärischen Angriffs nicht mehr so bedrohlich scheint, macht aber die Gefahr von Differenzen der Westmächte jeden Tag neue Fortschritte, und diese Gefahr ist ernster zu nehmen als die andere, denn sie würde die erste noch vergrößern.

Somit wird es im Gegenteil immer dringlicher, die Gemeinschaft unseres kontinentalen Europas durch einen noch so unvollkommenen Vertrag zu besiegeln. Nach wie vor wäre dies der einzige Weg, um dem sowjetischen Imperialismus einen Riegel zu schieben, mögliche Versuchungen unserer Alliierten im Keime zu ersticken, dem nationalen Neutralismus, dem Vorposten des Kommunismus, Einhalt zu gebieten und damit eine echte Friedenspolitik einzuleiten: die Politik eines geeinten, mit allen demokratischen und friedliebenden Mächten in engster Fühlung lebenden Europas, welches aber Herr seines Schicksals wäre.